

Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

XVIII. Wahlperiode



Protokoll

48. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 02.09.2010
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Ort, Raum: Mädchenzentrum "Szenenwechsel", Donaustraße 88a, 12043 Berlin

Anwesende:

Schwarz, Oliver	Sportjugend Berlin
Finger, Jutta	SPD
Knörr, Sabine	SPD
Pohl, Manuela	SPD
Schwarzer, Christina	CDU
Wagner, Heinz	Grüne
Wittke, Franz	FDP
Rühlmann, Wolfgang	GRAUE
Ahrens, Jens Holger	AWO Kreisverband Südost e.V.
Becker, Hans-Peter	Katholische Kirche
Gelfert, Karin	Junge HumanistInnen
Heinemann, Gabriele	Mädchenarbeit
Honisch, Manuel	SJD-Die Falken
Kohn, Ivetta	Behindertenarbeit
Meinecke, Wolfgang	Bezirksschulbeirat
Petzold, Olaf	Evangelische Kirche
Vonnekold, Gabriele	JugDez

Mitarbeiter der Verwaltung:

Thurley, Marion	Jug FS L
Schreiber, Georg	JugDez 1
Ortmann, Gerd	Jug FC L
Pade, Hans-Joachim	Jug ZF 1 L

Gäste:

Zander, Martina	Jugend- und Sozialwerk gGmbH
Strathmann, Martin	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Wälde, Eva	Mädchenarbeit
Fierdag, Iris	Katholische Kirche

Abwesende:

Khalil, Nader	CDU	entschuldigt
Karaaslan, Gülaysan	LINKE	entschuldigt
Haese, Axel	Human. Verband	unentschuldigt
Heeb, Bernhard	Nachbarschaftsheim e.V.	unentschuldigt
Knoller, Elisabeth	Kinderschutzzentrum	entschuldigt
Lemming, Siegfried	Diakonisches. Werk	entschuldigt

Frau Finger begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung. Sie stellt fest, dass die Einladung allen Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist und eröffnet die 48. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

zu 1 Protokoll der 47. Sitzung

Das Protokoll liegt noch nicht vor.

zu 2 Kiez AG

Dieser TOP entfällt, da kein(e) Vertreter/-in anwesend ist.

zu 3 Zentrum für Lebensenergie e.V. - Anerkennung als Freier Träger der Jugendhilfe gem. § 75 KJHG

Die Fachliche Steuerung des Jugendamtes hat den Antrag des „Zentrums für Lebensenergie e.V.“ geprüft. Der Verein bietet vorwiegend Leistungen der Jugendhilfe im Bezirk Neukölln an, darüber hinaus vereinzelte gesundheitsorientierte Angebote außerhalb der Bezirksgrenzen. Der Vereinszweck zielt auf die Initiierung und Durchführung von Projekten für Kinder und Jugendliche, die der besonderen Förderung bedürfen. Schwerpunkte sind die Bereiche Berufsorientierung, Schuldistanz, Entwicklung von Sozialkompetenz, Natur- und Umweltbewusstsein sowie Kreativität. Die Fachliche Steuerung empfiehlt die Anerkennung als Freier Träger der Jugendhilfe durch den JHA.

Frau Finger bittet um Abstimmung. Die Zustimmung erfolgt einstimmig.

**zu 4 Projekt "@nien" - Kooperation Schule Jugend in Neukölln
Referentin: Frau Gross-Schwarzpaul**

Frau Gross-Schwarzpaul stellt das Netzwerkspiel „@nien“ vor. Es wurde bisher acht Mal in Zusammenarbeit verschiedener Schulen und der Jugendförderung in Neukölln durchgeführt. Innerhalb einer Projektwoche treten mehrere Gruppen gegeneinander an. Morgens um 9 Uhr wird jeweils ein Thema gestellt, das dann bis 14 Uhr audiovisuell bearbeitet werden muss. Ziel ist die Förderung von Kreativität und Medienkompetenz sowie interkultureller Teamarbeit. Das Ergebnis kann z. B. ein Plakat für eine Anti-Gewaltkampagne sein.

Das Thema im Jahr 2009 lautete: „Jugend zeigt Mitgefühl“. Fiktiv wurde ein Kampagnenwettbewerb des Regierenden Bürgermeisters ausgeschrieben. Insgesamt nahmen 9 Schulen aus Neukölln teil, erstmals auch je eine Schule aus Charlottenburg und Treptow-Köpenick. Die Schülerinnen und Schüler sind überwiegend in der 7. Klasse, einige in der 8. Die Anforderungen sollen auch für Hauptschüler zu bewältigen sein. Wichtig sind Spaß und Ergebnisorientierung, nicht aber technische Perfektion. Bei der Themenwahl gibt es oft Überraschungen - so fand z. B. das Thema „Glück“ großen Anklang. In einer Abschlussveranstaltung wird dem Gewinnerteam ein Wanderpokal überreicht.

In 2010 wird es auf Grund von Finanzierungsproblemen kein Projekt „@nien“ geben. Ab 2011 soll es berlinweit stattfinden.

Frau Finger dankt Frau Gross-Schwarzpaul für ihre Präsentation. *(Der Abschlussbericht „@nien 2009 – Jugend zeigt Mitgefühl“ ist dem Protokoll als Anhang beigefügt).*

zu 5 Vertragsgestaltung zwischen Freien Trägern der Jugendhilfe und dem Jugendamt

Anlass der Diskussion waren die Kündigung von 15 Verträgen mit Freien Träger der Jugendarbeit Ende Juni sowie geänderte Kündigungsklauseln in den neuen Verträgen.

Herr Ahrens fragt, warum in den neuen Verträgen andere Kündigungsklauseln eingesetzt wurden. Vorher gab es drei Monate Kündigungsfrist zum Quartalsende. In den neuen Verträgen sind drei Monate Frist bei monatlicher Kündigung festgesetzt.

Frau Vonnekold erwidert, dass die Kündigungen nicht notwendig geworden wären, wenn die neuen Kündigungsklauseln bereits in Kraft gewesen wären. Ende Juni war eine andere Option nicht möglich. Denn die Klausel „3 Monate zum Quartal“ bedeutet, dass jeweils zum Quartalsende Mittel nicht nur für drei Monate verfügbar sein müssen, sondern für sechs. Das war zum 30.06. nicht gegeben. Es geht also nicht darum, leichter aus Verträgen herauszukommen, son-

den künftig „formale“ Kündigungen zu vermeiden. Die meisten Träger haben die neuen Kündigungsklauseln akzeptiert. Wer widersprochen hat, bekommt die alte Variante. Durch den JHA-Beschluss vom 17. Juni sollte das Bezirksamt motiviert werden, seine Position zu überdenken. Frau Vonnekold erinnert daran, dass diese Strategie „durchaus kein Vergnügen“ war.

Herr Ahrens entgegnet, dass die Strategie auch für die Träger kein Vergnügen war.

Frau Finger fragt, warum nicht an anderer Stelle gespart wurde, da der finanzielle Engpass ja nur kurzfristig bestand. Frau Vonnekold erwidert, dass die Kündigung der Verträge notwendig wurde, weil disponible Mittel an andere Stelle des Haushalts nicht vorhanden waren.

Frau Heinemann bemängelt, dass es keine Kooperation zwischen den verschiedenen Parteien gegeben habe. Frau Schwarzer fragt, welche Träger die neue Klausel akzeptiert haben und welche nicht. Herr Wittke befürwortet Verträge mit kürzeren Laufzeiten, wenn schon bei Vertragsabschluss Haushaltsprobleme absehbar sind.

Frau Vonnekold wiederholt, dass nur die Verträge gekündigt wurden, die keine besonderen Klauseln enthielten - wie z. B. Projekte, in denen EU-Mittel enthalten sind. Von den 15 gekündigten Projekten, haben nur 2 auf der Quartalsklausel bestanden. Bei einer kürzeren Laufzeit der Verträge wäre die Unsicherheit für die Träger viel größer als bei den jetzigen Zweijahresverträgen.

Herr Ahrens weist darauf hin, dass Jugendarbeit vor allem durch Freie Träger erbracht werden soll. Wenn schon Kürzungen notwendig sind, dann sollten sie daher bei staatlichen bzw. kommunalen Trägern erfolgen. Er fordert eine Neustrukturierung der Jugendarbeit und eine erneute Diskussion der HzE-Kürzungen.

Frau Vonnekold entgegnet, dass sie sich die Aussage, 10 % der Mittel sollten für Jugendarbeit verwendet werden, gerne „gestickt auf einem Kissen“ in ihrem Büro aufhängen würde. Haushaltspolitiker würde das aber überhaupt nicht interessieren. Sie wiederholt noch einmal: Festangestellten konnte sie nicht kündigen und die Liegenschaften wären als Kostenfaktor erhalten geblieben. Es blieb die „Alternative“, kommunale Träger den Sommer über zu schließen und dabei die Honorarkräfte real zu entlassen oder vorsorglich die Verträge mit den Freien Trägern zu kündigen – mit dem Ziel, sie innerhalb der noch vertraglich gesicherten drei Monate neu zu schließen und damit reale Kündigungen und Einschränkungen für den Betrieb der Einrichtungen zu vermeiden. Ihr Hauptziel war es, die Dinge so gut wie möglich „durch die Kurve zu bekommen - wie holprig auch immer“, damit die Kinder und Jugendlichen von den Problemen nicht direkt betroffen wurden.

Frau Pohl hofft, dass sich der JHA nicht noch einmal mit diesem Thema beschäftigen muss. Frau Finger hält die Existenz von zwei verschiedenen Vertragstypen für „unfair“.

Frau Vonnekold betont abschließend noch einmal: Die neue Vertragsvariante hätte die Kündigungen überflüssig gemacht. Eine leicht abgeschwächte formale Sicherheit macht Kündigungen sehr viel unwahrscheinlicher.

zu 6 Haushalt der Abteilung Jugend Drucksache: 1510/XVIII

Der Antrag „Haushalt der Abteilung Jugend“ (Drs. 1510/XVIII) wurde in der BVV-Sitzung am 30.6. an den Hauptausschuss (federführend) und an den Jugendhilfeausschuss verwiesen. Er wird im JHA vorab behandelt. Der Antrag lautet:

Das Bezirksamt wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Aufstellung vorzulegen, durch welche Maßnahmen die Abteilung Jugend die Einhaltung des Budgets 2010 sicherstellen wird. Notfalls ist eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses in der Ferienzeit vorzusehen.

Herr Ortmann, Leiter des Fachcontrolling im Jugendamt, stellt zunächst die Maßnahmen der Abteilung Jugend zur Einhaltung des Haushaltsbudgets 2010 dar. *(Der Bericht ist dem Protokoll beigelegt.)*

Herr Ortmann betont, dass das Budget nicht „vollkommen steuerbar“ ist. Die Steuerung ist vielmehr ein fortlaufender und komplizierter Prozess. „Das Jugendamt hat keine Bereiche, in denen sinnvoll Sperren anzusetzen sind.“ Kürzungen im preiswerten präventiven Bereich erhöhen die

Wahrscheinlichkeit von teuren Hilfen zur Erziehung (HzE). Haushaltssperren im Personalbereich schwächen den präventiven und den steuernden Bereich.

Sowohl die Kosten als auch die Fallzahlen stationärer und ambulanter HzE bewegen sich auf dem Niveau von 2002 (vgl. Tabellen und Grafiken auf S. 2) trotz allgemeiner Preissteigerungen sowie sozialräumlicher Vernetzung und Kinderschutzhotline als zusätzlichen Aufgaben. Die Kostensenkungen bis 2006 beruhen teilweise auf pauschalen Verringerungen der Entgelte und Stundensätze. Ein Großteil der Einsparungen von 2003 bis 2006 wurde durch Fallzahlreduzierung im ambulanten Bereich erzielt. Die sprunghaft ansteigenden Fallzahlen seit 2007 - in beiden Bereichen - sind u. a. auch Folgen „von vorher nicht gewährten Hilfen“. Eine andere Ursache ist „die über Jahre dauernde desolante Personalausstattung, für die das Jugendamt keine Verantwortung trägt“.

Um die gesetzlichen Leistungsansprüche des SGB VIII fachgerecht und wirtschaftlich erfüllen zu können, wurde seit 2005 eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Im Jahre 2010 standen im Vordergrund: Neubesetzung von Stellen im RSD, Verbesserung der Dokumentationsstandards, verstärkte Schulung von Mitarbeitern -insbesondere im Bereich Wirtschaftlichkeitsprüfung, Prüfung von Fachstandards, monatliche Budgetgespräche, Re-Zentralisierung der Pflegekinderhilfe, Tiefenprüfung einzelner Fälle sowie Fach- und Finanzrevision ganzer Gruppen von Hilfen.

Die Wirkung der verschiedenen Maßnahmen seit 2005 wird jetzt sichtbar. Während die Ausgaben für die verschiedenen Bereiche der HzE berlinweit von Juli 2009 bis Juli 2010 um 3 % gestiegen sind, sind sie in Neukölln um 8,4 % zurückgegangen – der stärkste Verringerung in einem Bezirk. In der Ausgabenhöhe liegt Neukölln jetzt nur noch an 2. Stelle (22,6 Mio. Euro), hinter Pankow (24,4 Mio. Euro).

Frau Pohl fragt nach den Abläufen. Werden immer die preiswertesten Maßnahmen angewandt? Wie oft finden Überprüfungen statt? Frau Thurley antwortet, dass am Anfang immer eine fundierte Diagnostik steht. Dann erfolgen Maßnahmen. Clearing-Maßnahmen werden hin und wieder auch an freie Träger vergeben. Eine Überprüfung findet nach 3 bis 4 Monaten statt. Die Regelleistung ist schon jetzt deutlich niedriger angesetzt. Es gibt eine Fragebogenaktion, um herauszufinden, wie die Situation in den Familien ist.

Herr Wittke fragt, warum im Rahmen der Pflegekinderoffensive (PKO) mit Steglitz-Zehlendorf zusammen gearbeitet wurde, das ja offensichtlich eine völlig andere Ausgangslage hat. Herr Ortman verweist darauf, dass in Steglitz-Zehlendorf Stellen vorhanden sind, während Neukölln die Kinder hat. Im Rahmen des Übergabeverfahrens an die interne Pflegekinderhilfe und die neuen freien Träger „PIK“ und „KJHV“ wurden die Pflegefamilien gebeten, erneut Angaben zu ihren persönlichen Verhältnissen zu machen, um die Informationen zu aktualisieren.

Herr Ahrens fragt nach den erfolgten Tiefenprüfungen. Frau Thurley antwortet, dass eine große Zahl einzelner Fälle angeschaut wurde, teils im Rahmen von Revisionen einzelner Fallgruppen teils auf Grund besonderer Auffälligkeiten im Verlauf oder bei den Kosten. Viele Kinder in Neukölln sind in stationärer Jugendhilfe ohne Rückkehroptionen, da die Eltern verstorben, unbekanntes Aufenthaltes, suchtkrank oder zu problembelastet sind. Es erfolgen jeweils Rückmeldungen mit detaillierter Empfehlung. Das System der Fachsteuerung greift, die Kollegen sehen jetzt besser, wie sie sparen können. Bei den Einzelfallprüfungen erfolgt nach einem halben Jahr eine erneute Prüfung.

Frau Finger bittet um Abstimmung. Dem Antrag wird zugestimmt.

Einstimmig wird beschlossen, dass die Haushaltssituation der Abteilung Jugend, mit dem heutigen Bericht vorab, ausführlich zur Kenntnis gebracht wurde. Der JHA betrachtet die Berichtspflicht damit als vorerst erledigt.

zu 7 Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung uneingeschränkt umsetzen (Information zur Drs. Nr. 1500/XVIII)

Dieser TOP wird verschoben, da Frau Karaaslan nicht anwesend ist.

zu 8 Kita-Betreuung für Neuköllner Kinder Drucksache: 1507/XVIII

Der Antrag „Kita-Betreuung für Neuköllner Kinder“ (Drs. 1507/XVIII) wurde in der BVV-Sitzung am 30.6. an den Hauptausschuss (federführend) und an den Jugendhilfeausschuss verwiesen. Der Antrag lautet:

Das Bezirksamt wird gebeten, sich beim Berliner Senat dafür einzusetzen, dass Bestrebungen zur Beteiligung der Bezirke an den Kosten der zusätzlichen Kita-Betreuung nicht weiter verfolgt werden.

Frau Vonnekold teilt mit, dass die finanziellen Probleme im Bereich Kitas in einer AG "Praxis der Bewilligung" bei der Senatsverwaltung für Finanzen erörtert werden sollen. Für die Bezirke werden vier Vertreter daran teilnehmen. Das Jugendamt Neukölln hat Herrn Hans-Joachim Pade, Leiter des Bereiches Kita und Tagespflege, vorgeschlagen. Die Abstimmung mit den anderen Bezirken soll auf der ersten AG-Sitzung am 9. September erfolgen.

Frau Knörr ruft die Vertreter aller Parteien auf, sich an ihre Abgeordneten zu wenden, um den politischen Druck zu erhöhen.

Frau Finger bittet um Abstimmung. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

zu 9 Mitteilungen

Teil 1

Eine kurze Darstellung der Kampagne „Gegen Gewalt als Erziehungsmittel“ des Arbeitskreises Migration und Menschenrechte des Bezirksamtes Neukölln war bereits auf der 47. Sitzung verteilt, aber nicht mehr diskutiert worden. Ab Herbst 2010 sollen alle Träger diese Kampagne für ein Jahr offiziell in ihre Arbeit einbeziehen. Der Beschluss fordert, *„alle Träger aufzurufen, zum Thema „Gewalt als Erziehungsmittel“ im Rahmen ihrer Arbeit Veranstaltungen anzubieten bzw. bereits stattfindende Veranstaltungen auf diese Kampagne und die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu beziehen. Die Bündelung der Energien vergrößert die Wirksamkeit und stärkt das Bewusstsein für die Dringlichkeit“*.

Bisher sind drei Plakate erstellt und an viele Neuköllner Einrichtungen verteilt worden. Weitere Werbemaßnahmen sind geplant. Die Kampagne soll Öffentlichkeit herstellen, Diskussionen anregen und Vorschläge für praktisches präventives Handeln erarbeiten.

Der Jugendhilfeausschuss befürwortet einstimmig, *„dass der Bezirk Neukölln für einen Zeitraum von einem Jahr gemeinsam dieses wichtige Thema behandelt“*.

Teil 2

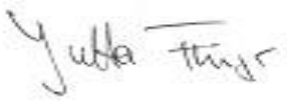
- Das **Programm „Jugendarbeit an Schulen“** wurde eingereicht (siehe Beschluss der JHA-Sitzung vom 17. Juni). Die Summe wurde bewilligt, aber die Projektvorschläge wurden teilweise nicht akzeptiert. Abgelehnt wurden „Jugendrechtshaus“ und „Berliner Jungs“. Dafür wird es 2 Ersatzprojekte geben - eher traditionelle Schülerclublösungen - in der Rixdorfer Grundschule und der Adolf-Reichwein-Schule. Der geplante Einstieg in schulübergreifende Konzepte konnte leider noch nicht durchgesetzt werden.
- Das Projekt **„GO“** zur Wiedereingliederung schuldistanzierter Jugendlicher musste beendet werden, da die Finanzierung durch die Agentur für Arbeit nicht mehr möglich war. Durch Akquise von Fördermitteln des Bundes ist es jedoch möglich, als Ersatz ein Projekt **„13+“** einen kleinen Fachdienst im Jugendamt aufzubauen, sodass die Arbeit weitergehen kann, teilweise in personeller Kontinuität.
Herr Ahrens dankt dem Jugendamt für die Zusammenarbeit, sie sei richtungsweisend gewesen.
- Am 12. September wird das **„Denk-Mal der Vielfalt“** enthüllt. Die Zeremonie findet um 14:00 Uhr am Platz der Stadt Hof (Karl-Marx-Str./Ecke Ganghoferstr.) statt. Jugendliche haben gemeinsam mit Künstlern ein Denkmal „entwickelt“. Die Enthüllung nehmen die Stadträtin für Bildung, Schule, Kultur und Sport, Frau Dr. Giffey, und Frau Vonnekold gemeinsam vor.
- Vom 21. – 23. September findet für Neuköllner Kinder und Jugendliche im Rahmen der Alkoholpräventionskampagne „Na klar“ ein Fußballturnier statt: **„Fußball gibt den besseren Kick“**. Es gibt ein Turnier für 11-14-Jährige und eines für 15-18-Jährige. (Anmeldungen müssen bis zum 14.9. bei der Abt. Bürgerdienste des Bezirksamtes erfolgen).

- Das **Kinder- und Jugendrechtshaus Neukölln-Süd** im Jugend- und Kulturzentrum Wutzkyallee wird am 27. September um 15:00 Uhr eröffnet, mit einer Informationsveranstaltung für das interessierte Fachpublikum (schriftliche Einladungen folgen).
- Am 1. Oktober findet eine **Fachtagung des Kinder- und Jugendcomputerführerscheins COMP@SS** in Berlin statt.
- Sein alljährliches **Zuckerfest** feiern der **Jugendclub UFO** und der **Kinderclub Hüpferring** am 9. September 2010 von 16:00 - 19:00 Uhr. Es gibt viele Leckereien, Spiele und Musik, Ort: Lipschitzallee 27.
- Am 10. September gibt es von 16 bis 19 Uhr einen **Tag der offenen Tür** im Kinderclubhaus ZWICKE, mit vielen Überraschungen, Kaffee, Kuchen, Grill, Tanz, usw.

zu 10 Nächste Sitzung

Der nächste Termin des Jugendhilfeausschusses wird bereits am 16. September 2010 stattfinden. Der Ort wird mit der Einladung bekannt gegeben.

Berlin-Neukölln, den 14. September 2010



Jutta Finger
Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses

Georg Schreiber
Protokollführung